

# Strahlenschutzamt rügt Akw-Betreiber

Behördenchef hält Entwarnung in Deutschland für voreilig / Schwedische Werke bleiben abgeschaltet

VON MATTHIAS MEISNER

BERLIN/STOCKHOLM - In der Diskussion nach dem Störfall in einem schwedischen Atomkraftwerk hat das Bundesamt für Strahlenschutz die deutschen Kraftwerksbetreiber scharf kritisiert. Der Präsident der Behörde, Wolfram König, sagte dem Tagesspiegel: „Die Akzeptanz für eine Hochrisikotechnologie hängt maßgeblich davon ab, dass keinerlei Zweifel an dem Verantwortungsbewusstsein der Betreiber existieren. Dazu gehört, dass Störfälle wissenschaftlich fundiert und interessenunabhängig bewertet werden.“

König reagierte damit auf Aussagen deutscher Akw-Betreiber, die einen Störfall wie im schwedischen Forsmark in Deutschland ausschließen. Entsprechend hatte sich am Freitag der größte deutsche Betreiber, Eon Kernkraft, geäußert. Auch RWE, Vattenfall Europe und EnBW versicherten, die Technik ihrer Anlagen unterscheide sich von dem Typ in Schweden.

König kritisierte: „Die deutschen Betreiber leisten ihren eigenen Anlagen einen Bärendienst, wenn sie nach dem gravierenden Störfall in Forsmark für ihre Anlagen reflexartig Entwarnung geben.“

Das Umweltministerium rechnet Anfang dieser Woche mit Informationen darüber, ob ein Störfall wie in Schweden auch in den 17 deutschen Atommeilern möglich wäre. Bund und Länder prüfen, ob Notstromsysteme oder Komponenten vom Hersteller AEG vorhanden sind, die in Schweden Ursache des Störfalls waren. Die Atomkraft birgt nach Ansicht von SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber unabsehbare Risiken. „Die Technologie ist extrem anfällig für terroristische Angriffe oder Sabotageakte“, sagte er. Außerdem fehle eine endgültige Lösung für Atomabfälle. Trotz der Gefahren lehnt Kelber einen schnelleren Atomausstieg ab. „Es wäre angemessen, den Atomausstieg zu beschleunigen, aber es gibt gültige Verträge.“

Unionspolitiker wie Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) machen sich dagegen für eine längere Laufzeit der Atomkraftwerke stark. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verweist auf den unter Rot-Grün vereinbarten Atomkonsens, der im Koalitionsvertrag bekräftigt wurde. Danach sollen bis 2020 alle deutschen Meiler vom Netz gehen.

Die vier nach dem Störfall in Forsmark abgeschalteten Reaktoren können frühestens in einigen Wochen wieder Strom produzieren, sie bleiben vorerst abgeschaltet. Die Chefin der Kernkraftinspektion (SKI), Judith Melin, sagte der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“, man werde die Ursachen für den Notstopp des Forsmark-Reaktors 1 am 25. Juli „über mehrere Wochen in sehr umfassender Weise“ untersuchen. (mit dpa)